

Satzung zur Änderung der Prüfungsordnungen für

**die Bachelorstudiengänge
Betriebswirtschaft
International Business
Wirtschaftsingenieurwesen**

**die Masterstudiengänge
Human Resources Management
International Business
Management mittelständischer Unterneh-
men
Wirtschaftsingenieurwesen**

an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden
University of Applied Sciences

vom

10. Juli 2018

Aufgrund von § 34 Abs. 1 des Gesetzes über die Freiheit der Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch das Gesetz vom 15. Oktober 2017 (SächsGVBl. S. 546) geändert worden ist, hat die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, nachfolgend HTW Dresden genannt, diese Änderungssatzung erlassen.

Inhalt

Präambel

- Artikel 1 Änderung der Prüfungsordnungen für die Bachelorstudiengänge Betriebswirtschaft, International Business, Wirtschaftsingenieurwesen der Jahre 2010, 2011 und 2012
- Artikel 2 Änderung der Prüfungsordnungen für die Bachelorstudiengänge Betriebswirtschaft, International Business, Wirtschaftsingenieurwesen des Jahres 2017
- Artikel 3 Änderung der Prüfungsordnungen für den Bachelorstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen des Jahres 2014
- Artikel 4 Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Betriebswirtschaft des Jahres 2007
- Artikel 5 Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen des Jahres 2010
- Artikel 6 Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Human Resources Management
- Artikel 7 Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang International Business
- Artikel 8 Änderung der Prüfungsordnungen für den Masterstudiengang Management mittelständischer Unternehmen des Jahres 2010
- Artikel 9 Änderung der Prüfungsordnungen für den Masterstudiengang Management mittelständischer Unternehmen des Jahres 2013
- Artikel 10 Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Management mittelständischer Unternehmen des Jahres 2015
- Artikel 11 Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen
- Artikel 12 Inkrafttreten

Präambel

Durch die folgenden Regelungen wird für den Rücktritt von einer Prüfungsleistung oder deren Versäumnis bestimmt, dass ein ärztliches Attest zur Glaubhaftmachung einer Krankheit vorzulegen ist. Des Weiteren wird die Möglichkeit einer zweiten Wiederholungsprüfung für Abschlussarbeiten und Modulprüfungen geregelt.

Artikel 1 Änderung der Prüfungsordnungen für die Bachelorstudiengänge Betriebswirtschaft, International Business, Wirtschaftsingenieurwesen der Jahre 2010, 2011 und 2012

Die Prüfungsordnungen für den Bachelorstudiengang Betriebswirtschaft vom 24.08.2010 und vom 29.06.2012, den Bachelorstudiengang International Business vom 14.07.2011 und den Bachelorstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen vom 26.07.2011 werden jeweils wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
2. § 14
 - a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Bachelorarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“

- b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Bachelorarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Bachelorarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Bachelorarbeit wiederholt werden kann. Ist die Bachelorarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Bachelorarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Bachelorarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“
 - d. Abs. 12 wird wie folgt ersetzt: „Eine durch beide Gutachten mit jeweils mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Bachelorarbeit ist in der Fakultät vor einer Prüfungskommission in der Regel öffentlich zu verteidigen. Der Prüfungsausschuss gibt die Zulassung zur Verteidigung bekannt. Der Termin der Verteidigung soll innerhalb von sechs Wochen, muss jedoch innerhalb von zwölf Wochen nach der Abgabe der Arbeit liegen. Dies gilt nur, wenn alle Modulprüfungen nach Studienablaufplan mit Ausnahme der Bachelorarbeit innerhalb dieser Zeiträume bestanden sind. Wird die letzte nach Studienablaufplan zu bestehende Modulprüfung erst nach Ablauf dieser Zeiträume bestanden, so soll die Verteidigung innerhalb von vier Wochen nach Bestehen dieser Modulprüfung stattfinden. Die Verteidigung ist eine mündliche geschlossene Darstellung der wesentlichen Inhalte der Bachelorarbeit, bei der alle in Vorträgen üblichen Mittel eingesetzt werden können. Im Anschluss an die Darstellung findet eine Diskussion statt, in der der Studierende Fragen zu seiner Bachelorarbeit zu beantworten hat. Die Dauer der Verteidigung soll in der Regel 30 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten. Die Gesamtnote der Verteidigung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Einzelbenotungen des Vortrags und der Diskussion zusammen. Bei der Benotung der Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5) kann die Verteidigung einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Bekanntgabe der Note stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann sie auf Antrag letztmalig wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen ab Bekanntgabe der Note an den Prüfungsausschuss zu stellen. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Antragstellung stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, dann gilt die Bachelorarbeit als endgültig nicht bestanden.“
3. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
4. § 18 Abs. 4
- a. Nr. 2 Das „,“ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“
5. § 19 Abs. 2
- a. Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.

6. § 21 Abs. 1

- a. Nr. 4 b wird ersetzt durch: „entfällt“
- b. Nr. 4 d wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Bachelorarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 2 Änderung der Prüfungsordnungen für die Bachelorstudiengänge Betriebswirtschaft, International Business, Wirtschaftsingenieurwesen des Jahres 2017

Die Prüfungsordnungen für den Bachelorstudiengang Betriebswirtschaft vom 19.04.2017, den Bachelorstudiengang International Business vom 19.04.2017 und den Bachelorstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen vom 19.04.2017 werden wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
2. § 14
 - a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Bachelorarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Bachelorarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Bachelorarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Bachelorarbeit wiederholt werden kann. Ist die Bachelorarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Bachelorarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Bachelorarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“
 - d. Abs. 12 wird wie folgt ersetzt: „Eine durch beide Gutachten mit jeweils mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Bachelorarbeit ist in der Fakultät vor einer Prüfungskommission in der Regel öffentlich zu verteidigen. Der Prüfungsausschuss gibt die Zulassung zur Verteidigung bekannt. Der Termin der Verteidigung soll innerhalb von sechs Wochen, muss jedoch innerhalb von zwölf Wochen nach der Abgabe der Arbeit liegen. Dies gilt nur, wenn alle Modulprüfungen nach Studienablaufplan mit Ausnahme der Bachelorarbeit innerhalb dieser Zeiträume bestanden sind. Wird die letzte nach Studienablaufplan zu bestehende Modulprüfung erst nach Ablauf dieser Zeiträume bestanden, so soll die Verteidigung innerhalb von vier Wochen nach Bestehen dieser Modulprüfung stattfinden. Die Verteidigung ist eine mündliche geschlossene Darstellung der wesentlichen Inhalte der Bachelorarbeit, bei der alle in Vorträgen üblichen Mittel eingesetzt werden können. Im Anschluss an die Darstellung findet eine Diskussion statt, in der der Studierende Fragen zu seiner Bachelorarbeit zu beantworten hat. Die Dauer der Verteidigung soll in der Regel 30 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten. Die Gesamtnote der Verteidigung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Einzelbenotungen des Vortrags und der Diskussion zusammen. Bei der Benotung der Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5) kann die Verteidigung einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Bekanntgabe der Note stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann sie auf Antrag letztmalig wiederholt werden. Der Antrag

ist innerhalb von zwei Wochen ab Bekanntgabe der Note an den Prüfungsausschuss zu stellen. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Antragstellung stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, dann gilt die Bachelorarbeit als endgültig nicht bestanden.“

3. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
4. § 18 Abs. 4
 - a. Nr. 2 Das „ „ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“
5. § 19 Abs. 2
 - a. Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.
6. § 21 Abs. 1
 - a. Nr. 4 a wird ersetzt durch: „entfällt“
 - b. Nr. 4 c wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Bachelorarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 3 Änderung der Prüfungsordnungen für den Bachelorstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen des Jahres 2014

Die Prüfungsordnungen für den Bachelorstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen vom 09.07.2014 wird wie folgt geändert:

7. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
8. § 14
 - a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Bachelorarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Bachelorarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Bachelorarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Bachelorarbeit wiederholt werden kann. Ist die Bachelorarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Bachelorarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Bachelorarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“

- d. Abs. 12 wird wie folgt ersetzt: „Eine durch beide Gutachten mit jeweils mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Bachelorarbeit ist in der Fakultät vor einer Prüfungskommission in der Regel öffentlich zu verteidigen. Der Prüfungsausschuss gibt die Zulassung zur Verteidigung bekannt. Der Termin der Verteidigung soll innerhalb von sechs Wochen, muss jedoch innerhalb von zwölf Wochen nach der Abgabe der Arbeit liegen. Dies gilt nur, wenn alle Modulprüfungen nach Studienablaufplan mit Ausnahme der Bachelorarbeit innerhalb dieser Zeiträume bestanden sind. Wird die letzte nach Studienablaufplan zu bestehende Modulprüfung erst nach Ablauf dieser Zeiträume bestanden, so soll die Verteidigung innerhalb von vier Wochen nach Bestehen dieser Modulprüfung stattfinden. Die Verteidigung ist eine mündliche geschlossene Darstellung der wesentlichen Inhalte der Bachelorarbeit, bei der alle in Vorträgen üblichen Mittel eingesetzt werden können. Im Anschluss an die Darstellung findet eine Diskussion statt, in der der Studierende Fragen zu seiner Bachelorarbeit zu beantworten hat. Die Dauer der Verteidigung soll in der Regel 30 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten. Die Gesamtnote der Verteidigung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Einzelbenotungen des Vortrags und der Diskussion zusammen. Bei der Benotung der Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5) kann die Verteidigung einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Bekanntgabe der Note stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann sie auf Antrag letztmalig wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen ab Bekanntgabe der Note an den Prüfungsausschuss zu stellen. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Antragstellung stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, dann gilt die Bachelorarbeit als endgültig nicht bestanden.“
9. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
10. § 18 Abs. 4
- Nr. 2 Das „ „ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“
11. § 19 Abs. 2
- Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.
12. § 21 Abs. 1
- Nr. 4 a wird ersetzt durch: „entfällt“
 - Nr. 4 c wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Bachelorarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 4 Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Betriebswirtschaft des Jahres 2007

Die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Betriebswirtschaft vom 07.03.2007 wird wie folgt geändert:

- § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“

2. § 14

- a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Bachelorarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Bachelorarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Bachelorarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Bachelorarbeit wiederholt werden kann. Ist die Bachelorarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Bachelorarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Bachelorarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“
3. § 14a Abs. 3 wird wie folgt ersetzt: „Im Falle der Bewertung des Kolloquiums mit „nicht ausreichend“ (5) kann dieses frühestens 4 Wochen nach Abschluss des ersten Prüfungstermins wiederholt werden. Wird das Kolloquium erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann dieses frühestens 4 Wochen nach Abschluss des zweiten Prüfungstermins letztmalig wiederholt werden.“
4. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
5. § 18 Abs. 3
- a. Nr. 2 Das „ „ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“
6. § 19 Abs. 2
- a. Satz 2 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.
7. § 21 Abs. 1
- a. Nr. 4 b wird ersetzt durch: „entfällt“
 - b. Nr. 4 d wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Bachelorarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 5 Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen des Jahres 2010

Die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen vom 21.01.2010 wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“

2. § 14

- a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Bachelorarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Bachelorarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Bachelorarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Bachelorarbeit wiederholt werden kann. Ist die Bachelorarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Bachelorarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Bachelorarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“
3. § 14a Abs. 3 wird wie folgt ersetzt: „Im Falle der Bewertung des Kolloquiums mit „nicht ausreichend“ (5) kann dieses frühestens 4 Wochen nach Abschluss des ersten Prüfungstermins wiederholt werden. Wird das Kolloquium erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann dieses frühestens 4 Wochen nach Abschluss des zweiten Prüfungstermins letztmalig wiederholt werden.“
4. § 17 Abs. 1 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
5. § 18 Abs. 3
- a. Nr. 2 Das „ „ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“
6. § 19 Abs. 2
- a. Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.
7. § 21 Abs. 1
- a. Nr. 4 b wird ersetzt durch: „entfällt“
 - b. Nr. 4 d wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Bachelorarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 6 Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Human Resources Management

Die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Human Resources Management vom 08.07.2015 wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“

2. § 14

- a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Masterarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Masterarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Masterarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Masterarbeit wiederholt werden kann. Ist die Masterarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Masterarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Masterarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“
 - d. Abs. 12 wird wie folgt ersetzt: „Eine durch beide Gutachten mit jeweils mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Masterarbeit ist in der Fakultät vor einer Prüfungskommission in der Regel öffentlich zu verteidigen. Der Prüfungsausschuss gibt die Zulassung zur Verteidigung bekannt. Der Termin der Verteidigung soll innerhalb von sechs Wochen, muss jedoch innerhalb von zwölf Wochen nach der Abgabe der Arbeit liegen. Dies gilt nur, wenn alle Modulprüfungen nach Studienablaufplan mit Ausnahme der Masterarbeit innerhalb dieser Zeiträume bestanden sind. Wird die letzte nach Studienablaufplan zu bestehende Modulprüfung erst nach Ablauf dieser Zeiträume bestanden, so soll die Verteidigung innerhalb von vier Wochen nach Bestehen dieser Modulprüfung stattfinden. Die Verteidigung ist eine mündliche geschlossene Darstellung der wesentlichen Inhalte der Masterarbeit, bei der alle in Vorträgen üblichen Mittel eingesetzt werden können. Im Anschluss an die Darstellung findet eine Diskussion statt, in der der Studierende Fragen zu seiner Masterarbeit zu beantworten hat. Die Dauer der Verteidigung soll in der Regel 30 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten. Die Gesamtnote der Verteidigung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Einzelbenotungen des Vortrags und der Diskussion zusammen. Bei der Benotung der Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5) kann die Verteidigung einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Bekanntgabe der Note stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann sie auf Antrag letztmalig wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen ab Bekanntgabe der Note an den Prüfungsausschuss zu stellen. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Antragstellung stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, dann gilt die Masterarbeit als endgültig nicht bestanden.“
3. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
 4. § 18 Abs. 3
 - a. Nr. 2 Das „,“ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“

5. § 19 Abs. 2
 - a. Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.
6. § 21 Abs. 1
 - a. Nr. 4 a wird ersetzt durch: „entfällt“
 - b. Nr. 4 c wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Masterarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 7 Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang International Business

Die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang International Business vom 14.07.2011 wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
2. § 14
 - a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Masterarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Masterarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Masterarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Masterarbeit wiederholt werden kann. Ist die Masterarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Masterarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Masterarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“
 - d. Abs. 12 wird wie folgt ersetzt: „Eine durch beide Gutachten mit jeweils mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Masterarbeit ist in der Fakultät vor einer Prüfungskommission in der Regel öffentlich zu verteidigen. Der Prüfungsausschuss gibt die Zulassung zur Verteidigung bekannt. Der Termin der Verteidigung soll innerhalb von sechs Wochen, muss jedoch innerhalb von zwölf Wochen nach der Abgabe der Arbeit liegen. Dies gilt nur, wenn alle Modulprüfungen nach Studienablaufplan mit Ausnahme der Masterarbeit innerhalb dieser Zeiträume bestanden sind. Wird die letzte nach Studienablaufplan zu bestehende Modulprüfung erst nach Ablauf dieser Zeiträume bestanden, so soll die Verteidigung innerhalb von vier Wochen nach Bestehen dieser Modulprüfung stattfinden. Die Verteidigung ist eine mündliche geschlossene Darstellung der wesentlichen Inhalte der Masterarbeit, bei der alle in Vorträgen üblichen Mittel eingesetzt werden können. Im Anschluss an die Darstellung findet eine Diskussion statt, in der der Studierende Fragen zu seiner Masterarbeit zu beantworten hat. Die Dauer der Verteidigung soll in der Regel 30 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten. Die Gesamtnote der Verteidigung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Einzelnoten des Vortrags und der Diskussion zusammen. Bei

der Benotung der Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5) kann die Verteidigung einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Bekanntgabe der Note stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann sie auf Antrag letztmalig wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen ab Bekanntgabe der Note an den Prüfungsausschuss zu stellen. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Antragstellung stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, dann gilt die Masterarbeit als endgültig nicht bestanden.“

3. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
4. § 18 Abs. 4
 - a. Nr. 2 Das „“,“ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“
5. § 19 Abs. 2
 - a. Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.
6. § 21 Abs. 1
 - a. Nr. 4 b wird ersetzt durch: „entfällt“
 - b. Nr. 4 d wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Masterarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 8 Änderung der Prüfungsordnungen für den Masterstudiengang Management mittelständischer Unternehmen des Jahres 2010

Die Prüfungsordnungen für den Masterstudiengang Management mittelständischer Unternehmen vom 09.07.2010 wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
2. § 14
 - a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Masterarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Masterarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Masterarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Masterarbeit wiederholt werden kann. Ist die Masterarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Masterarbeit kann auf Antrag an den Prüfungs-

ausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Masterarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“

- d. Abs. 12 wird wie folgt ersetzt: „Eine durch beide Gutachten mit jeweils mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Masterarbeit ist in der Fakultät vor einer Prüfungskommission in der Regel öffentlich zu verteidigen. Der Prüfungsausschuss gibt die Zulassung zur Verteidigung bekannt. Der Termin der Verteidigung soll innerhalb von sechs Wochen, muss jedoch innerhalb von zwölf Wochen nach der Abgabe der Arbeit liegen. Dies gilt nur, wenn alle Modulprüfungen nach Studienablaufplan mit Ausnahme der Masterarbeit innerhalb dieser Zeiträume bestanden sind. Wird die letzte nach Studienablaufplan zu bestehende Modulprüfung erst nach Ablauf dieser Zeiträume bestanden, so soll die Verteidigung innerhalb von vier Wochen nach Bestehen dieser Modulprüfung stattfinden. Die Verteidigung ist eine mündliche geschlossene Darstellung der wesentlichen Inhalte der Masterarbeit, bei der alle in Vorträgen üblichen Mittel eingesetzt werden können. Im Anschluss an die Darstellung findet eine Diskussion statt, in der der Studierende Fragen zu seiner Masterarbeit zu beantworten hat. Die Dauer der Verteidigung soll in der Regel 30 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten. Die Gesamtnote der Verteidigung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Einzelbenotungen des Vortrags und der Diskussion zusammen. Bei der Benotung der Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5) kann die Verteidigung einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Bekanntgabe der Note stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann sie auf Antrag letztmalig wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen ab Bekanntgabe der Note an den Prüfungsausschuss zu stellen. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Antragstellung stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, dann gilt die Masterarbeit als endgültig nicht bestanden.“
3. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
4. § 18 Abs. 3
 - a. Nr. 2 Das „ „ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“
5. § 19 Abs. 2
 - a. Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.
6. § 21 Abs. 1
 - a. Nr. 4 b wird ersetzt durch: „entfällt“
 - b. Nr. 4 d wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Masterarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 9 Änderung der Prüfungsordnungen für den Masterstudiengang Management mittelständischer Unternehmen des Jahres 2013

Die Prüfungsordnungen für den Masterstudiengang Management mittelständischer Unternehmen vom 25.06.2013 wird wie folgt geändert:

7. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
8. § 14
 - a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Masterarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Masterarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Masterarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Masterarbeit wiederholt werden kann. Ist die Masterarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Masterarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Masterarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“
 - d. Abs. 12 wird wie folgt ersetzt: „Eine durch beide Gutachten mit jeweils mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Masterarbeit ist in der Fakultät vor einer Prüfungskommission in der Regel öffentlich zu verteidigen. Der Prüfungsausschuss gibt die Zulassung zur Verteidigung bekannt. Der Termin der Verteidigung soll innerhalb von sechs Wochen, muss jedoch innerhalb von zwölf Wochen nach der Abgabe der Arbeit liegen. Dies gilt nur, wenn alle Modulprüfungen nach Studienablaufplan mit Ausnahme der Masterarbeit innerhalb dieser Zeiträume bestanden sind. Wird die letzte nach Studienablaufplan zu bestehende Modulprüfung erst nach Ablauf dieser Zeiträume bestanden, so soll die Verteidigung innerhalb von vier Wochen nach Bestehen dieser Modulprüfung stattfinden. Die Verteidigung ist eine mündliche geschlossene Darstellung der wesentlichen Inhalte der Masterarbeit, bei der alle in Vorträgen üblichen Mittel eingesetzt werden können. Im Anschluss an die Darstellung findet eine Diskussion statt, in der der Studierende Fragen zu seiner Masterarbeit zu beantworten hat. Die Dauer der Verteidigung soll in der Regel 30 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten. Die Gesamtnote der Verteidigung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Einzelbenotungen des Vortrags und der Diskussion zusammen. Bei der Benotung der Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5) kann die Verteidigung einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Bekanntgabe der Note stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann sie auf Antrag letztmalig wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen ab Bekanntgabe der Note an den Prüfungsausschuss zu stellen. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Antragstellung stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, dann gilt die Masterarbeit als endgültig nicht bestanden.“
9. § 14a Abs. 3 wird wie folgt ersetzt: „Im Falle der Bewertung des Kolloquiums mit „nicht ausreichend“ (5) kann dieses frühestens 4 Wochen nach Abschluss des ersten Prüfungstermins wiederholt werden. Wird das Kolloquium erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann dieses frühestens 4 Wochen nach Abschluss des zweiten Prüfungstermins letztmalig wiederholt werden.“
10. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“

11. § 18 Abs. 3

- a. Nr. 2 Das „,“ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
- b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
- c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“

12. § 19 Abs. 2

- a. Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
- b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.

13. § 21 Abs. 1

- a. Nr. 4 b wird ersetzt durch: „entfällt“
- b. Nr. 4 d wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Masterarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 10 Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Management mittelständischer Unternehmen des Jahres 2015

Die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Management mittelständischer Unternehmen vom 24.11.2015 wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
2. § 14
 - a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Masterarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Masterarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Masterarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Masterarbeit wiederholt werden kann. Ist die Masterarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Masterarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Masterarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“
 - d. Abs. 12 wird wie folgt ersetzt: „Eine durch beide Gutachten mit jeweils mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Masterarbeit ist in der Fakultät vor einer Prüfungskommission in der Regel öffentlich zu verteidigen. Der Prüfungsausschuss gibt die Zulassung zur Verteidigung bekannt. Der Termin der Verteidigung soll innerhalb von sechs Wochen, muss jedoch innerhalb von zwölf Wochen nach der Abgabe der Arbeit liegen. Dies gilt nur, wenn alle Modulprüfungen nach Studienablaufplan mit Ausnahme der

Masterarbeit innerhalb dieser Zeiträume bestanden sind. Wird die letzte nach Studienablaufplan zu bestehende Modulprüfung erst nach Ablauf dieser Zeiträume bestanden, so soll die Verteidigung innerhalb von vier Wochen nach Bestehen dieser Modulprüfung stattfinden. Die Verteidigung ist eine mündliche geschlossene Darstellung der wesentlichen Inhalte der Masterarbeit, bei der alle in Vorträgen üblichen Mittel eingesetzt werden können. Im Anschluss an die Darstellung findet eine Diskussion statt, in der der Studierende Fragen zu seiner Masterarbeit zu beantworten hat. Die Dauer der Verteidigung soll in der Regel 30 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten. Die Gesamtnote der Verteidigung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Einzelbenotungen des Vortrags und der Diskussion zusammen. Bei der Benotung der Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5) kann die Verteidigung einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Bekanntgabe der Note stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann sie auf Antrag letztmalig wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen ab Bekanntgabe der Note an den Prüfungsausschuss zu stellen. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Antragstellung stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, dann gilt die Masterarbeit als endgültig nicht bestanden.“

3. § 14a Abs. 3 wird wie folgt ersetzt: „Im Falle der Bewertung des Kolloquiums mit „nicht ausreichend“ (5) kann dieses frühestens 4 Wochen nach Abschluss des ersten Prüfungstermins wiederholt werden. Wird das Kolloquium erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann dieses frühestens 4 Wochen nach Abschluss des zweiten Prüfungstermins letztmalig wiederholt werden.“
4. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
5. § 18 Abs. 4
 - a. Nr. 2 Das „,“ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“
6. § 19 Abs. 2
 - a. Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.
7. § 21 Abs. 1
 - a. Nr. 4 a wird ersetzt durch: „entfällt“
 - b. Nr. 4 c wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Masterarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 11 Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen

Die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen vom 24.11.2015 wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 2 Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
2. § 14

- a. Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt ersetzt: „Die Vergabe des Themas der Masterarbeit erfolgt auf Antrag des Studierenden durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.“
 - b. Abs. 6 wird wie folgt ersetzt: „Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach der Ausgabe zurückgegeben werden. Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Masterarbeit ist nur zulässig, wenn davon zuvor kein Gebrauch gemacht wurde. Im Fall der Rückgabe des Themas ist ein neues Thema spätestens vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas zu beantragen.“
 - c. Abs. 11 wird wie folgt ersetzt: „Im Fall einer nicht bestandenen Masterarbeit erhält der Studierende hierüber vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und der Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Masterarbeit wiederholt werden kann. Ist die Masterarbeit infolge Fristüberschreitung nicht bestanden, erlässt den Bescheid das Prüfungsamt. Eine nicht bestandene Masterarbeit kann auf Antrag an den Prüfungsausschuss einmal innerhalb eines Jahres ab Bekanntgabe der Note wiederholt werden. Bei Nichtbestehen kann die Zulassung zur zweiten Wiederholung der Masterarbeit nur innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Note der ersten Wiederholung beim Prüfungsausschuss beantragt werden.“
 - d. Abs. 12 wird wie folgt ersetzt: „Eine durch beide Gutachten mit jeweils mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Masterarbeit ist in der Fakultät vor einer Prüfungskommission in der Regel öffentlich zu verteidigen. Der Prüfungsausschuss gibt die Zulassung zur Verteidigung bekannt. Der Termin der Verteidigung soll innerhalb von sechs Wochen, muss jedoch innerhalb von zwölf Wochen nach der Abgabe der Arbeit liegen. Dies gilt nur, wenn alle Modulprüfungen nach Studienablaufplan mit Ausnahme der Masterarbeit innerhalb dieser Zeiträume bestanden sind. Wird die letzte nach Studienablaufplan zu bestehende Modulprüfung erst nach Ablauf dieser Zeiträume bestanden, so soll die Verteidigung innerhalb von vier Wochen nach Bestehen dieser Modulprüfung stattfinden. Die Verteidigung ist eine mündliche geschlossene Darstellung der wesentlichen Inhalte der Masterarbeit, bei der alle in Vorträgen üblichen Mittel eingesetzt werden können. Im Anschluss an die Darstellung findet eine Diskussion statt, in der der Studierende Fragen zu seiner Masterarbeit zu beantworten hat. Die Dauer der Verteidigung soll in der Regel 30 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten. Die Gesamtnote der Verteidigung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Einzelbenotungen des Vortrags und der Diskussion zusammen. Bei der Benotung der Verteidigung mit „nicht ausreichend“ (5) kann die Verteidigung einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Bekanntgabe der Note stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, kann sie auf Antrag letztmalig wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen ab Bekanntgabe der Note an den Prüfungsausschuss zu stellen. Die Verteidigung soll innerhalb von vier Wochen ab Antragstellung stattfinden. Wird die Verteidigung erneut mit „nicht ausreichend“ (5) benotet, dann gilt die Masterarbeit als endgültig nicht bestanden.“
3. § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt ersetzt: „Bei Krankheit des Studierenden ist ein ärztliches Attest abzugeben. Darüber hinaus kann in Ausnahmefällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.“
 4. § 18 Abs. 4
 - a. Nr. 2 Das „,“ am Ende wird ersetzt durch: „oder“.
 - b. Nr. 3 wird ersetzt durch: „entfällt“.
 - c. Nr. 4 wird ersetzt durch: „eine zweite Wiederholungsprüfung einer für den Abschluss des Studienganges erforderlichen Modulprüfung nicht fristgemäß gem. § 8 Abs. 6 oder § 14 Abs. 11 beantragt wurde.“
 5. § 19 Abs. 2

- a. Satz 4 wird wie folgt ersetzt: „Die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich.“
 - b. Der letzte Satz des Abs. 2 wird gestrichen.
6. § 21 Abs. 1
- a. Nr. 4 a wird ersetzt durch: „entfällt“
 - b. Nr. 4 c wird wie folgt ersetzt: „Entscheidungen über die Ausgabe und Fristverlängerung der Masterarbeit sowie die Anträge auf zweite Wiederholung gem. § 14.“

Artikel 12 **Inkrafttreten**

Diese Satzung zur Änderung der Prüfungsordnungen gilt ab dem 01.09.2018 für alle Studierenden in den o.g. Studiengängen.

Diese Satzung wurde vom Fakultätsrat der Fakultät Wirtschaftswissenschaften am 12.06.2018 beschlossen und vom Rektorat am 10.07.2018 genehmigt. Sie tritt am 11.07.2018 in Kraft und wird veröffentlicht.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Fakultätsrates vom 12.06.2018 sowie der Genehmigung des Rektorates vom 10.07.2018.

Dresden, den 10.07.2018

Prof. Dr.-Ing. habil. Roland Stenzel
Rektor